

# STANDPUNKTE ZUR STAATSWISSENSCHAFT

Nr 19

**Was will die SPD?**

von

Arne Heise

Oktober 2005

Die Standpunkte zur STAATSWISSENSCHAFT werden in unregelmäßiger Folge von der Professur ‚Wirtschaftspolitik und Economic Governance‘ am Department Wirtschaft und Politik der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben und geben ausschließlich die Meinung des Verfassers/ der Verfasserin wider:

Prof. Dr. Arne Heise  
Universität Hamburg  
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Department Wirtschaft und Politik  
Von-Melle-Park 9

20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: [HeiseA@hwp-hamburg.de](mailto:HeiseA@hwp-hamburg.de)

Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

[www.hwp-hamburg.de/fach/fg\\_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm](http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm)

# Was will die SPD?

Arne Heise

## Die Chaos-Wahl...

Die Bundestagswahl 2005 ist jetzt über zwei Wochen her und noch ist keine Regierungskoalition absehbar. Weniger noch: Bis heute ist umstritten, wie denn dieses Wahlergebnis zu interpretieren ist. Hat der Souverän nun der rot-grünen Regierungskoalition eine Absage erteilt oder hat er sich der schwarz-gelben Alternative ausdrücklich verschlossen? Will er, dass Schröder weiter reformiert oder dass Merkel den Politikwechsel einleitet? Oder will er eben nicht, dass Schröder weiter reformiert, aber gleichfalls nicht, dass Merkel den Politikwechsel einleitet? Hat der SPIEGEL also recht, wenn er konstatierte: „Keine Macht für niemand: Der Souverän hat keinen klaren politischen Auftrag erteilt, sondern für weitere Unklarheiten gesorgt“ (Spiegel 2005: 6).

## ... bringt doch Klarheiten

Wer vorbehaltlos an das Wahlergebnis herangeht, muss doch wohl zu anderen Ergebnissen kommen: Die Opposition von CDU/CSU und FDP, die mit einer klaren Koalitionsaussage und der Kanzlerkandidatin Angela Merkel angetreten ist, hat zusammen 45,0 % der Stimmen erhalten und damit nicht nur die Stimm(und Sitz-)mehrheit klar verfehlt, sondern 0,9 Prozentpunkte weniger eingefahren als bei der verlorenen Bundestagswahl 2002! Hieraus kann sicher nicht die Folgerung abgeleitet werden, die Deutschen wünschten den Politikwechsel unter Kanzlerin Merkel! Andererseits hat die rot-grüne auch nur 42,4% der Stimmen erhalten und ebenfalls keine Mehrheit erhalten. Bei einem Anteilsverlust von 4,7 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl (und vor dem Hintergrund von 9 verlorenen Landtagswahlen, die einhellig als ‚Protestwahlen‘ interpretiert wurden), kann zweifellos auch nicht behauptet werden, dass der Wähler eine Fortführung der Regierungskoalition unter Gerhard Schröder will. Damit ist ja aber das Wahlergebnis noch nicht vollständig: Mit der Linkspartei.PDS ist eine weitere Partei in den Bundestag eingezogen, die sich zu einem weitgehend sozialdemokratischen Wahlprogramm<sup>1</sup> bekannt hat und deren Wähler zu fast einem Drittel enttäuschte Rot-Grün-Wähler sind<sup>2</sup>.

Vergleicht man nicht Parteien, sondern politische Lager bzw. Strömungen, so hat das konservativ-liberale Wählerlager gegenüber der 2002er Bundestagswahl um 0,9 Prozentpunkte abgenommen, während das Mitte-Links-Wählerlager mit einem Stimmanteil von 51,1% exakt konstant

---

<sup>1</sup> Wer den Internet basierten ‚Wahl-O-Mat‘ ([www.wahlomat.de](http://www.wahlomat.de)) kontaktiert und bei der Zustimmung/Ablehnung zu 30 Thesen ‚sozialdemokratischen‘ Programm vorrat präferiert, wird in fast identischer Weise als SPD- und Linkspartei-Wähler und, mit leichten Abstrichen, als grüner Wähler eingeschätzt.

<sup>2</sup> Von den 2,03 Mio. Stimmen, die die Linkspartei.PDS mehr erhalten hat, als 2002 die PDS, kamen 1,57 Stimmen von früheren SPD- oder Grüne-Wählern bzw. aus dem Nicht-Wählerlager; vgl. Spiegel (2005: 62).

geblieben ist. Die Verschiebungen innerhalb der Lager – zugunsten der FDP im konservativ-liberalen und zugunsten der Linkspartei.PDS im Mitte-Links-Wählerlager – zeigt einerseits, dass die konservative, männliche Wählerschaft immer noch Schwierigkeiten damit hat, eine Frau aktiv ins Bundeskanzleramt zu wählen. Andererseits wird klar, dass der sozialdemokratische Stammwähler den Schröder-Kurs der SPD nicht länger mittragen kann. Zusammengenommen kann dies nur heißen, dass die Wählermehrheit keinen Politikwechsel unter einer Bundeskanzlerin Merkel, aber auch keine Weiterreform unter Bundeskanzler Schröder will, sondern eine sozial ausgewogenere, sozialdemokratischere Politik links von CDU/CSU und FDP.

Tabelle 1: Kernaussagen der Wahlprogramme von SPD, CDU/CSU, Bündnis90Die Grünen und Linkspartei.PDS

	<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>Steuern</b>	<b>Rente</b>	<b>Krankenversicherung</b>
SPD	* Festhalten an Hartz IV + leichte Korrekturen * Einführung von Mindestlöhnen * Aufstockung der öffentl. Investitionen	* Erhöhung der Erbschaftssteuer * Erhöhung des Spitzensteuersatzes * Absenkung der Körperschaftssteuer (auf 19%) * EU-weite Mindestbesteuerung	* Förderung der Privatvorsorge	* Bürgerversicherung
CDU/ CSU	* Senkung des Beitragssatzes zur AL-Versicherung <b>*Aufweichung der Tarifautonomie</b> * Reduktion des Kündigungsschutzes * Einführung von Kombilöhnen	* Senkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz <b>* Senkung der Körperschaftssteuer (auf 22 %)</b> * Abbau von Steuervergünstigungen * Strikte Sparpolitik	<b>* Förderung der Privatvorsorge</b>	<b>* Systemwechsel zur Gesundheitsprämie</b> * Bezuschussung bei niedrigen Einkommen
Bündnis90 / Die Grünen	<b>* Korrekturen an Hartz IV</b> <b>* Einführung von Mindestlöhnen</b> <u>* Einführung von Kombilöhnen</u> * Ausweitung sozialer Dienstleistungen über 2. Arbeitsmarkt	<b>* Anhebung des Spitzensteuersatzes (auf 45%)</b> <u>* Einführung einer Vermögenssteuer</u> * Einführung einer Tobin-Tax	* Systemwechsel zur Bürgerversicherung mit allgemeinem Grundeinkommen <b>* Förderung der Privatvorsorge</b>	<b>* Einführung einer Bürgerversicherung</b>
Linkspartei.PDS	<b>* Abschaffung von Hartz IV</b> <b>* Einführung von Mindestlöhnen</b> <u>* Einführung von Kombilöhnen</u> * Arbeitszeitverkürzungen <b>* Ausweitung der öffentlichen Investitionen</b> <u>* öffentliche geförderte Beschäftigungssektoren</u>	<b>* Erhöhung der Spitzenbesteuerung (auf 50%)</b> <u>* Einführung einer Vermögensbesteuerung</u> <b>* Erhöhung der Erbschaftssteuer</b>	<u>* Bürgerversicherung</u> * Erhöhung der Grundsicherung	<b>* Solidarische Bürgerversicherung</b>

Anmerkungen: *Kursiv* = Problembereiche zum Koalitionspartner SPD; **KursivFett** = starke Konfliktbereiche zum Koalitionspartner SPD; **Fett**: Grundsätzliche Übereinstimmungen mit dem Koalitionspartner SPD; Unterstrichen = Übereinstimmungen zwischen Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei.PDS

Quelle: IW/DIW (2005)

Oder ist der Wählerwille doch eine große Koalition von CDU/CSU und SPD mit immerhin 69,5% der Stimmen? Hiergegen spricht nicht nur, dass eine derartige Konstellation von keiner Partei gewollt oder gar angestrebt worden war und deshalb eine einfache Addition der Stimmanteile nichts über den wirklichen Wählerwillen aussagt – ansonsten hätte es noch immer eine große Koalition geben müssen. Zeigen aber nicht neuere Umfragen, dass die Mehrheit der Wähler eine große Koalition allen anderen Regierungskonstellationen vorzieht? Nach diesen Umfragen hätte aber auch schon längst Frau Merkel Bundeskanzlerin sein müssen! Wenn die große Koalition denn tatsächlich den Wählerpräferenzen entsprechen würde, dann doch wohl nur dann, wenn die Wahlprogramme beider Parteien größere inhaltliche Kongruenz aufweisen als die Wahlprogramme anderer möglicher Koalitionskonstellationen – ansonsten müsste festgehalten werden, dass Wähleranteile über ‚Lagergrenzen‘ hinweg nicht einfach addiert werden können, um Wählerpräferenzen sinnvoll zu aggregieren.

### **Schnittmengen und Bündnisse**

Tab. 1 fasst wichtige Kernaussagen der Wahlprogramme der zur Koalitionsbildung aus Sicht der SPD in Frage kommenden Parteien zusammen und stellt dar, wo es grundsätzliche Übereinstimmungen, Problem- und starke Konfliktbereiche gibt.<sup>3</sup> Die politischen Schnittmengen einer großen Koalition sind gering, die Problem- bzw. Konfliktbereiche hingegen zahlreich. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn ein Mitte-Links-Bündnis betrachtet wird: Auch hier gibt es Problem- und Konfliktbereiche, aber insgesamt zeigt sich doch eine große grundlegende inhaltliche Kongruenz.<sup>4</sup> Und betont Franz Müntefering nicht immer, dass es bei Koalitionsüberlegungen immer darum gehen muss, möglichst viel vom eigenen Politikverständnis durchzusetzen – dies dürfte sicher leichter in einem Mitte-Links-Bündnis der Fall sein, in der die SPD die deutlich stärkste Kraft ist. Allerdings: Die Hartz-4-Gesetze sind zweifellos ein wesentlicher Stolperstein für ein Mitte-Links-Bündnis, denn so eindeutig die Linkspartei.PDS sich für eine Abschaffung dieser Art der Arbeitsmarktpolitik einsetzt, so sehr hat sich die Schröder-SPD nach einem schmerzhaften Prozess dazu bekannt. Und doch kann allein hieran doch wohl ein ansonsten fruchtbares Bündnis nicht scheitern, denn die politischen Differenzen zur CDU/CSU – als einzige Alternative – sind ja wohl nicht kleiner. Oder wäre die SPD tatsächlich eher dazu bereit, sich auf die Aufweichung der Tarifautonomie, eine weitere Einschränkung von Arbeitnehmerschutzgesetzen und den Einstieg in den Systemwechsel bei der Krankenversicherung und in der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit einzulassen, als zuzugestehen, dass die Absenkung der Lohnersatzleistungen und die Kürzung der Bezugsdauer eben keinen nachhaltigen Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung haben, wohl aber

---

<sup>3</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wurden von ZDF und dem Tagesspiegel beauftragt, die Wahlprogramme der großen Parteien zu untersuchen und zu bewerten. Dabei stützten sich beide Institute auf wirtschaftspolitische Kernaussagen, weil sie diese für besonders wahlrelevant erachteten – ich übernehme diese Gewichtung.

<sup>4</sup> Vgl. ZDF (2005)

die individuelle Lebenslage extrem beeinträchtigen kann und der Armutsentwicklung in Deutschland Vorschub geleistet hat.

Kann es sein, dass eine inhaltlich sinnvolle Koalition tatsächlich daran scheitern sollte, dass das Führungspersonal nach zurückliegenden Verletzungen nicht mehr miteinander kann? Abgesehen davon, dass dies unglaublich unprofessionell wäre, stellt sich das Problem eigentlich nicht, denn es dürfte nach den jüngsten Wahlergebnissen klar sein, dass Gerhard Schröder nicht länger der Kanzler einer SPD-geführten Mitte-Links-Koalition sein kann. Einerseits steht er symbolisch für den Niedergang der SPD, andererseits ist er mit seiner Politik klar gescheitert (siehe oben) und schließlich kann ja niemand von ihm verlangen, eine Politik zu machen, die – wie er selbst sagte – er nicht kann! Und auch Oskar Lafontaine wird einsehen, dass er in einer Koalition mit der SPD kein Regierungsamt übernehmen kann.

Oder liegt es daran, dass sich in der SPD – außer Gerhard Schröder – niemand zutraut, einer SPD-geführten Bundesregierung vorzustehen? Tatsächlich mag dem außen stehenden Betrachter nicht sofort ein passender Kandidat einfallen, aber wenn von der medialen Öffentlichkeit bereits Namen wie Christian Wulff oder Roland Koch als mögliche CDU-Kanzleramtsanwärter ins Spiel gebracht werden, ohne dass ein Raunen durch die Republik geht, dann sollte doch wohl auch die SPD einen Alternativkandidaten aufbauen können.

### **Strategie oder Interessen?**

Schließlich bleibt noch zu überlegen, ob es aus Sicht der SPD einen strategischen Vorteil hätte, statt einem Mitte-Links-Bündnis eine große Koalition anzustreben – schließlich geht es einer Partei letztendlich um die langfristige Regierungsfähigkeit. Einigermaßen einmütig wird aber betont, dass es der SPD in einer großen Koalition nicht nur schwerer fallen wird, ihr eigenes Profil zu stärken als in einer Mitte-Links-Koalition, sie läuft auch schwere Gefahr, zwischen der konservativen Mitte (CDU/CSU) und der ‚linken Sozialdemokratie‘ (Linkspartei.PDS) zerdrückt zu werden – dies könnte mittel- bis langfristig das Ende der SPD als Volkspartei bedeuten.

Zusammenfassend bleiben wenig rationale Gründe, die aus Sicht der SPD für eine große Koalition sprechen. Wenn es dennoch dazu kommen sollte, fällt es einigermaßen schwer zu glauben, diese Entscheidung wäre als ‚Dienst am Vaterland‘ zu verstehen oder ein Sieg der (welcher?) Vernunft<sup>5</sup>.

---

<sup>5</sup> Ist es interessenpolitisch zu deuten, wenn insbesondere Wirtschaftsvertreter wie BDA-Präsident Dieter Hundt oder der Vorsitzende des VDMA Dieter Brucklacher die große Koalition für den vernünftigsten Weg halten? Vgl. Spiegel Online (2005) und Bild.T-Online (2005).

## Literatur

Bild.T-Online (2005) – BDA-Präsident Dieter Hundt will eine ‚große Koalition der Vernunft‘; v. 21.09.2005; URL: [http://www.bild.t-online.de/BTI/news/2005/09/21/bda\\_hundt\\_wahl\\_/bda\\_hundt.html](http://www.bild.t-online.de/BTI/news/2005/09/21/bda_hundt_wahl_/bda_hundt.html)

IW/DIW (2005) – Beurteilung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2005. Gutachten im Auftrag des ZDF-Morgenmagazins und des Berliner Tagesspiegel, Berlin/ Köln 2005

Spiegel (2005) – Sonderheft ‚Die Chaos-Wahl – Keine Macht für niemand‘ v. 19.9.2005

Spiegel Online (2005) – Wirtschaft will Große Koalition der Vernunft, v. 20.09.2005; URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,3752279,00.html>

ZDF (2005) – Die Linke ist im Kommen. Experte: Die inhaltlichen Schnittmengen sind groß vom 24.09.2005; URL: <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1986,2378174,00.html>